

Verehrte Gäste! Liebe Leidensgenossen aus dem Regierungsbezirk! Liebe Detmolder Bürger!

"Die deutsche öffentliche Meinung neigt noch dazu, zu träge zu sein! Es ist zur Fortsetzung einer guten demokratischen Regierung notwendig, daß die öffentliche Meinung mehr aus sich herausgeht. Die Deutschen sind zu zaghaft in ihren Forderungen nach größeren Vorteilen!" Das sind einige Sätze des ehemaligen amerikanischen Hochkommissars McCloy in einer Skizze über das neue deutsch-alliierte Verhältnis, wie sie in der Soldatenzeitschrift "The stars and stripes" am 24.1.52 veröffentlicht wurden.

Diesem Ratschlage folgend haben wir uns heute hier zusammengefunden, um in aller Öffentlichkeit über den Stand der Dinge zu berichten, um Kritik zu üben, da wo es etwas zu kritisieren gibt und um unsere Forderungen nochmals mit allem Nachdruck zumzubringen.

Viele von Ihnen werden sich an unsere erste größere Kundgebung im Hotel Arminius im Vorjahre erinnern. Es stand damals in allen Zeitungen zu lesen "Wir sind keine Kolonie und wir werden uns gegen Kolonialmethoden zur Wehr setzen!" - Inzwischen hat sich vieles ereignet und man hätte hoffen dürfen, daß nach allen Hilferufen der Besatzungsgeschädigten auch das Problem der Häuserbeschlagnahme gelöst worden wäre. Inzwischen sind die Verträge ratifiziert worden, und Bundeskanzler Dr. Adenauer hat feierlich erklärt, daß wir nunmehr gleichberechtigte Partner in der europäischen Völkergemeinschaft seien! In der Präambel der Verträge trieft es auch tatsächlich nur so von schönen Worten ..... weiter hinten wird uns dann beigebracht, daß es nicht dasselbe ist, wenn 2 das Gleiche tun! Man spricht immer von einem General-"Vertrag" ..... soweit es die Unterbringung der Truppen und damit die Belange der Besatzungsgeschädigten betrifft, kann ich nur von einem General-"Diktat" sprechen. Oder ist es ein Zeichen von Gleichberechtigung, wenn es heißt, daß die von der Besatzung ausgesprochenen Beschlagnahmen weiterhin Gültigkeit behalten? Wo bleibt unser Grundgesetz mit der Zusicherung freien Verfügungsrechtes über alles Privateigentum? Zwar versucht man, es als "Erfolg" hinzustellen, daß wir mit Ablauf einer 1jährigen Frist nach Inkrafttreten der Verträge auf Freigabe unseres Eigentums beim Bundesverfassungsgericht klagen können. Ist dieses nicht ein recht beschämender "Erfolg" für unsere Bundesregierung? Für einen Staat, der sich ein "Rechtsstaat" nennt? Ist die Regierung nicht verpflichtet von sich aus diese unrechtmäßigen Beschlagnahmezustände zu beseitigen, wenn sie Verträge schließt, die Gleichberechtigung bringen sollen? Wo sind Freiheit und Gleichberechtigung, wenn wir weiterhin in unseren Notquartieren dahingegitieren müssen, wenn sich täglich ein gewaltiger Flüchtlingsstrom aus dem Osten in unser Gebiet ergießt und wir immer mehr zusammengedrückt werden, während unsere Vertragspartner, Angehörige der sog. "Schutztruppe" wie die Frästen in unseren Häusern wohnen?! Daß diese Zustände früher oder

2. später zu schweren Reibereien führen muß, wird jedem logisch denkenden Menschen einleuchten! Wagt man nun aber einmal, auf diese offensichtliche Gefahr hinzuweisen, so erhält man bei den deutschen Dienststellen ein Achselzucken oder allenfalls als Antwort: "Nun beruhigen Sie sich doch, es wird ja jetzt gebaut!" Jawohl, meine verehrten Zuhörer, es wird gebaut. Es gibt das sog. Ersatzwohnungsbauprogramm für Altbesatzungsverdrängte, das von fast allen Besatzungsgeschädigten entschieden abgelehnt wird, da damit die Gefahr verbunden ist, daß wir nach Erhalt einer solchen Neubauwohnung unser Eigentum vielleicht nie mehr wiederbekommen. ~~XXXXXXXXXX~~  
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Es werden jetzt aber auch erstmalig Wohnungen für die Besatzung gebaut. Die Mittel stehen seit vorigem Herbst zur Verfügung. Für das Bundesgebiet sind 1000 Wohnungen geplant, 20 sollen davon auf Detmold entfallen! Das ist sehr schön - aber ... im Bundesgebiet sind noch rd. 70 000 Wohnungen beschlagnahmt. Hier in unserem Städtchen sind es z.Zt. wohl noch rd. 200! Wie gebaut wird, wann gebaut wird, wir wissen es noch nicht. Die letzte Entscheidung hat die Besatzung! Und wenn es in dem bisherigen Tempo weitergeht, werden nicht einmal mehr wir jungen Menschen es erleben, daß wir unser Heim, unser Elternhaus noch einmal bewohnen können. - Wenden wir uns mit unseren Bedenken gegen die Aufrechterhaltung der bisherigen Besatzungspolitik aber an die Besatzung selbst, so wird eiligst auf das Wohnraumreglement hingewiesen, das heute sowohl wie nach Inkrafttreten der Verträge als bindend für die Unterbringung der britischen Truppenangehörigen bezeichnet wird. Dieses Wohnraumreglement wurde im Jahre 1938 für die britischen Kolonialgebiete aufgestellt, und mag dorthin vielleicht passen. Es aber in dem zerbombten und mit Flüchtlingen übersäten Westdeutschland anzuwenden, steht wohl gegen jegliche menschliche Vernunft! Unser Kampf hat daher ganz besonders zum Ziel, das ohnehin schon für gleichberechtigte Partner, insbesondere aber für das überbevölkerte Bundesgebiet untragbare Wohnraumreglement zu stürzen! Auch unsere Bundesregierung muß einsehen, daß hier ganz gründlich und umgehend Wandel geschaffen werden muß! Das Wohnraumreglement ist das A und O unserer Not. Wenn die Wohnraumansprüche zurückgeschraubt werden, können sofort unzählige Beschlagnahmen aufgehoben werden, und die für Neubauten ausgeworfenen Mittel reichen entsprechend ebenfalls für eine größere Anzahl ~~XXXXX~~ Ersatzwohnungen aus! - Ist es denn auch erforderlich, daß noch heute in fast jedem beschlagnahmten Hause alle Mansarden ungenutzt stehen. Daß in unzähligen Fällen Zimmer zum Wäschetrocknen benutzt werden usw.? Wir haben hiergegen protestiert. Als Antwort wurde uns zuteil, daß die so oder genutzten bzw. ungenutzten Räume nach dem Wohnraumreglement zuständen, und daß daher nichts daran geändert werden können! Selbst das christliche Gewissen britischer Offiziere bleibt stumm, wenn es sich um die Erfüllung des Wohnraumreglements handelt. Wir hatten nämlich anläßlich unserer Besprechung auf dem Fliegerhorst Cpt. Ellis gefragt, ob er es

3. mit seinem christl. Gewissen vereinbaren können, daß die Eigentümerin des von ihm bewohnten Hauses körperlich und seelisch in ihrem Kämmerchen zugrunde ginge, während er seit Jahr und Tag 3 schöne lichte Mansardenräume ungenutzt hätte! Cpt. Ellis gab zu, daß er die Räume nicht benötige. Sie aber der Eigentümerin zur Verfügung zu stellen sei unmöglich, da die gesamte Wohnung von der Besatzung möbliert sei und es dann bei der Verrechnung der Möbelnutzung, Licht- und Wasserverbrauch Schwierigkeiten geben würde! - Auf die Frage nach dem christl. Gewissen könne er uns aber leider keine Antwort geben! Für ihn sei das Wohnraumreglement maßgeblich! - Meine Damen und Herren, dies zu hören, war für mich das betrüblichste bei der ganzen Verhandlung auf dem Fliegerhorst. Wenn dies die Grundlage europäischer Verständigungspolitik ist, so kann ich nur sagen: "Armes Deutschland! Ärmeres Europa!" Das Ergebnis unserer Besprechung auf dem Fliegerhorst betr. Unterbringungsmöglichkeiten haben Sie gewiß längst der Presse entnommen. Man hat uns Versprechungen gemacht, auch britischerseits auf eine Lockerung des Wohnraumreglements hinzuwirken. Doch die Herren werden es uns nicht verargen können, wenn wir diesen Versprechungen vorerst noch recht skeptisch gegenüber stehen. War nicht erst am Donnerstag dieser Woche mit Bestimmtheit versichert worden, die britischen Panzer führen nur noch über Heidenoldendorf in die Senne? Und was rollte gestern wie alle Tage zuvor über den Hiddeser Berg? Es waren britische Panzer! - Genauso ist es, wenn ich daran denke, wie oft uns schon versichert worden ist, daß mutwillige Zerstörungen in unseren Häusern und Gärten nicht mehr geduldet werden würden. Und immer wieder müssen wir es erleben, daß man unsere Häuser umbaut, die Obstbäume werden abgesägt, Wintergärten dienen als Kaninchenställe uv.a.m. Und wir selbst müssen zusehen und stehen dabei - mit gebundenen Händen. Nun kriegen wir seitens der nichtbetroffenen Bevölkerungskreise sehr oft zu hören, wir könnten uns doch bescheiden, denn wir bekämen doch unsere Miete. Ja, einige behaupten sogar, daß wir noch dabei verdienten. Ich kann dazu nur sagen: Diese Leute wissen nicht, was es heißt, aus seinem Eigentum vertrieben zu sein, und sie machen sich nicht die Mühe, einmal in unsere Lage zu versetzen." Jawohl, wir bekommen Miete für unsere Häuser, eine Miete, die in den meisten Fällen kaum höher liegt als die unserer jetzigen Notwohnung! Dann wissen die meisten der Nichtbetroffenen auch nicht, daß für uns sämtliche Steuerlasten und Abgaben, sei es nun der Lastenausgleich, die Straßenreinigung, Schornsteinreinigung oder die Müllabfuhr weiterlaufen, als wohnten wir selbst in unserem Eigentum. Weiterhin zieht man uns für Instandhaltung gleich 12,5% der Miete ab. Da soll doch einmal ein deutscher Mieter herkommen und seinem Hauswirt die Miete um 12,5 % kürzen, weil der die Wohnung in Anstrich hält! Ich möchte sehen, welches Geschrei das gäbe. Sie dürfen versichert sein, daß es Fälle gibt, in denen der Hauseigentümer zu seinem beschlagnahmten Hause monatlich noch Geld zule-

4.- gen muß - ganz abgesehen von dem Verlust am Gesamtwert der Häuser durch unsachgemäße Benutzung und Behandlung. - Nun ist uns von vielen Seiten zugesichert worden, daß in diesem finanziellen Punkte nach Inkrafttreten der Verträge eine Besserung eintreten würde. Zunächst hat man uns aber einmal noch die Lagermiete für gerettete Möbel, die aber in der jetzigen Wohnung wegen Raummangel nicht unterzubringen sind, gestrichen!

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen noch stundenlang von diesen Mißständen berichten. Was mich zutiefst bedrückt ist, daß bislang weder die Besatzung trotz aller guten Versicherungen insbesondere aber unsere Bundesregierung nichts Ernsthaftes unternommen hat, unsere Not zu beseitigen. Wir müssen immer wieder feststellen, daß unsere eigenen Deutschen über die Not von 3,5 Mill. Verdrängten rücksichtslos hinwegsehen. Wir müssen es daher ganz besonders anerkennen, wenn unser Herr Bürgermeister Kirchhof im Gegensatz zu allen anderen bisher angegangener deutschen Vertretern, wirkliches Verständnis für uns aufbringt und keine Mühe noch Arbeit scheut, uns zu helfen. Wir möchten nun heute Herrn Kirchhof bitten, jede Gelegenheit zu nutzen, auch andere deutsche Behörden zu solch aktiver Mitarbeit anzuregen, damit unsere Forderungen wie ein Sturm nach oben bis zu den Bundesbehörden vordringen. Bislang haben diese Stellen zwar wiederholt behauptet, sie hätten schon alles für uns versucht, doch die Besatzungsmächte seien unerbittlich. Ich halte es daher für unerläßlich, Ihnen Auszüge aus einem Brief des Hochkommissars McCloy <sup>Donnelly</sup> an seinen Residenzoffizier in Wiesbaden vorzulesen: Darin heißt es: .....

Wir sehen also, daß die Regierungsstellen tatsächlich noch recht, recht wenig für uns getan haben, und daß sie wohl tatsächlich auch gar kein Verständnis für unsere Lage haben, denn sie sind ja nicht selbst betroffen! In diesem Zusammenhang muß ich auch noch kurz das Verhalten unseres Herrn Regierungspräsidenten erwähnen, der obwohl ihm die Not der Besatzungsgeschädigten genauestens bekannt ist, sich nicht gescheut hat, sich durch die Fürsprache des Herrn Innenministers Dr. Meyers ein Haus freigeben zu lassen. Und dies etwa zum gleichen Zeitpunkt, da Besatzungsgeschädigte von ihm den Bescheid erhielten, daß mit der Freigabe von Häusern - auch in dringenden Fällen - in absehbarer Zeit leider nicht gerechnet werden könne! - Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ein besseres Werk getan hätte, wenn sie für die ausgeworfenen 100.000.-- DM einen Neubau für den Herrn Reg.Präsidenten erstellt hätte, und dann bemüht gewesen wäre, die Bereinigung wenigstens von 2-3 der dringendsten Notstände unter den Besatzungsgeschädigten durchzusetzen. Noch heute leben 23 Detmolder besatzungsgeschädigte Familien in elenden Notquartieren, die von unserem Herrn Bürgermeister besichtigt und als "Negerwohnungen" bezeichnet wurden!

5. Da Herr Regierungspräsident Dr. Galle heute leider nicht hier erscheinen konnte, haben wir ihm unsere Meinung in einem offenen Brief dargelegt, den ich Ihnen hiermit zur Kenntnis geben möchte;

Herr Innenminister Dr. Meyers ist vor einigen Tagen in der gleichen Weise von der Meinung der Besatzungsgeschädigten unterrichtet worden!

Bislang haben wir versucht, auf dem Wege über einen Appell an den guten Willen und das Gewissen der Besatzung an unser Ziel zu gelangen. Da wir haben einsehen müssen, daß wir leider von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind hierbei, sehen wir keinen anderen Weg, als ganz unumwunden und in aller Schärfe unsere Regierungsdienststellen aufzufordern, das bisher von ihnen Versäumte umgehend nachzuholen. Wir müssen verlangen, daß sie sich mit den maßgeblichen Vertretern der Besatzungsmacht zusammensetzen und sich nicht scheuen, auch einmal darauf hinzuweisen, welche ungeheueren Gefahren eine Fortführung der bisherigen Besatzungspolitik in sich birgt. Wir sind tatsächlich keine Kolonie. Wir bringen nicht die Geduld ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ orientaischer oder asiatischer Völker auf, die 40 und mehr Jahre gebraucht haben, bis sie zur Selbsthilfe griffen. Als warnendes Beispiel möge Kenya dienen. Und was sich nicht in Kenya auf die Dauer durchsetzen läßt, das läßt sich gewiß nicht länger in Deutschland aufrecht erhalten. Wir Jüngeren aber verlieren jeglichen Glauben an die Demokratie und fragen uns:

Wie lange noch solch vielfach Recht?

Eines für den Herren, eines für den Knecht?

Oder hat man uns auch eine solche Rolle in Europa zgedacht, wie jenem Land, von dem Prof. Ed. Meyer von der Universität Berlin in seiner geschichtlichen Abhandlung über England/ <sup>bereits 1915</sup> folgendermaßen schreibt:

"Der rücksichtslosen Ausbeutung zugunsten der spezifisch englischen Interessen ist ein Land zum Opfer gefallen, das nominell ein gleichberechtigtes Glied des Vereinigten Königreiches ist, tatsächlich dagegen alle Selbständigkeit beraubt ist und nun schon jahrhundertlang schonungslos als geknechtete Provinz behandelt wird; das ist Irland"

Wenn wir von der Notlage der Besatzungsgeschädigten ausgehen, so müssen wir die bange Frage stellen: "Droht nicht auch uns das Schicksal Irlands?"

Unsere Regierung muß daher unseren Ruf erhören und endlich von dem Kurs <sup>Wege</sup> des ~~gemäßigten Widerstandes abweisen~~ <sup>abgehen</sup>, wenn nicht 3,5 Mill. deutsche Menschen auch den letzten Rest Vertrauen zu einer christlich-demokratischen Staatsführung verlieren sollen!

1. X Versammlung der Polizeireservisten der Bez.-Reg. Schmidt, Dr. Wagener, da Ausführungen angeblich unsachlich!

2. X Dr. Wagener fordert sofortigen Abbruch der Kundgebung.

Als Antwort darauf machten die Teilnehmer einen Protestmarsch

Heldmann  
durch das Haupt-Bauflag-  
selbstverwundung mit Gehör!  
Gang des Bürgermeisters!  
Gewalttätigen vor dem Hauje  
Bauhausstraße 13!